

Strafvereitelung im Amt und Chaos bei der FIU

Paukenschlag im Berliner Regierungsviertel: Beamte der Staatsanwaltschaft und der Zentralen Kriminalinspektion Osnabrück haben die Amtsräume des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz durchsucht. Wie die Staatsanwaltschaft in Niedersachsen mitteilt, geht es um ein Verfahren wegen Strafvereitelung im Amt bei der Financial Intelligence Unit (FIU). Die Geldwäschebekämpfungseinheit gehört zum Zoll, der wiederum in den Geschäftsbereich von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) fällt. Ziel der Razzia ist festzustellen, ob und gegebenenfalls inwieweit das Finanz- und das Justizministerium in Entscheidungen der FIU eingebunden waren. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt seit 2020 gegen die FIU, weil diese Geldwäsche-Verdachtsmeldungen in Millionenhöhe nicht an Polizei und Justiz weiterleitete. Die Razzia kommt für den Finanzminister und Kanzlerkandidaten Scholz zur Unzeit, da mögliche Fehler und Versäumnisse in seinem Amtsbereich nun ins Schlaglicht geraten.

Es handele sich um eine Durchsuchung bei Dritten. Sprecher des Finanz- und Justizministeriums betonten auf Nachfrage, dass sich der Verdacht nicht gegen eigene Mitarbeiter richte und man vollumfänglich kooperiere.

Ein Sprecher des Finanzministeriums gab zudem an, es gehe um Informationen, inwieweit der sogenannte risikobasierte Ansatz der Zentralstelle rechtlich erörtert und abgesichert wurde. Durch die risikoorientierte Bearbeitung der Verdachtsmeldungen setzt die Zentralstelle Schwerpunkte bei der Analyse dieser Verdachtsmeldungen, die von Banken an die FIU gemeldet werden.

Dabei unterzieht die Zentralstelle jede eingehende Meldung einer Erstbewertung und führt Meldungen, die mindestens einem der – aktuell zehn – Risikoschwerpunkte entsprechen, einer vertieften manuellen Analyse zu.

Aus Politikerkreisen wurden unmittelbar nach Bekanntwerden der Durchsuchungen massive Vorwürfe gegen den Bundesfinanzminister Olaf Scholz laut: „Die Razzia im Finanz- und Justizministerium ist ein trauriger neuer Höhepunkt im Drama um die Anti-Geldwäsche-Behörde FIU“, sagte die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, Lisa Paus: „Das Chaos bei der FIU besteht seitdem das Finanzministerium die Zuständigkeit übernommen hat.“

Öffentlich führe sich der Minister als Kämpfer gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche auf, tatsächlich seien sein Ministerium und seine Behörden von FIU bis BaFin (Wirecard) selber Teil des Problems.

Ähnlich äußerte sich auch der finanzpolitische Sprecher der FDP, Florian Toncar: „Die Financial Intelligence Unit ist nach Jahren unter Olaf Scholz in einem schlechten Zustand, denn er hat sie wie ein Stiefkind behandelt.“

Der Linken-Abgeordnete Fabio De Masi meint gar, die FIU sei „ein Sicherheitsrisiko für Deutschland.“ Und in Richtung von Olaf Scholz kommentiert de Masi: „Wer Deutschland führen will, muss den Zoll auf die Reihe bekommen. Deutschland droht bei der Geldwäscheprüfung der OECD durchzufallen.“ Auch bei Wirecard habe die FIU Strafvereitelung zu verantworten.

Tatsächlich steht die FIU seit Jahren stark in der Kritik. Die Zuständigkeit für die Behörde wechselte 2017 vom Innenministerium zum Finanzministerium. Seither kam es immer wieder zu teils massiven Pannen. 2018 kam es zu einem Rückstau von zehntausenden Verdachtsmeldungen, wofür die Behörde IT-Probleme anführte. Doch auch später kam die FIU mit der Bearbeitung von Verdachtsfällen regelmäßig nicht hinterher, zuletzt im Skandal um den Finanzdienstleister Wirecard.

Finanzminister Scholz zeigte sich wegen der Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft verstimmt. Die Behörde habe Fragen an das Finanz- und auch das Justizministerium gehabt. „Die hätte man schriftlich stellen können“, sagte der SPD-Kanzlerkandidat am Donnerstag in Potsdam.

Die Financial Intelligence Unit ist beim Zoll und damit beim Bundesfinanzministerium angesiedelt. Als Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen sammelt und analysiert sie Verdachtsmeldungen nach dem Geldwäschegesetz. Sie führt Daten und Informationen anderer Behörden zusammen und leitet wichtige Meldungen an die Strafverfolgungsbehörden weiter. Der frühere Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte die FIU vom Bundeskriminalamt zum Zoll verlagert. Unter dem jetzigen Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) wurde die Einheit personell gestärkt, ihre Kompetenzen wurden erweitert, und es gab technische Verbesserungen. Von anfänglich 165 Beschäftigten ist die Zahl nach Angaben des Finanzministeriums auf 469 gestiegen.

Im Jahr 2020 sind bei der FIU laut ihrem Jahresbericht insgesamt 144.005 Verdachtsmeldungen eingegangen. Im Vergleich zu 2019 ist das eine Steigerung um rund 25 Prozent. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich das jährliche Meldeaufkommen mehr als verzweifacht. Der überwiegende Teil der Meldungen stamme aus dem Finanzsektor. Im vergangenen Jahr seien insgesamt 3600 Verdachtsmeldungen eingegangen, die einen potenziellen Bezug zu Terrorismusfinanzierung und staatschutzrelevanter Kriminalität aufwiesen. Dies sei ein Anteil von rund zwei Prozent im Vergleich zum Gesamtaufkommen.

Der Leiter der FIU, Christof Schulte, musste wegen des Skandals beim Zahlungsdienstleister Wirecard vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagen. Der Behörde wird vorgeworfen, Verdachtsmeldungen bezüglich Wirecard zu spät nachgegangen zu sein.

Aus der SPD hieß es, die Razzia sei das bislang vielleicht größte Foulspiel der Union im Wahlkampf. Die Ermittlungen liefen schon länger, der Austausch auf Arbeitsebene sei bislang konstruktiv abgelaufen. Der Durchsuchungsbeschluss sei daher überraschend gekommen.

Der Beschluss, der jetzt zu der Razzia führte, sei zudem schon am 10. August ausgestellt worden. Dass dieser nun am 9. September und damit wenige Wochen vor der Bundestagswahl vollzogen wurde, sei bestimmt kein Zufall. „Da ging es rein um die Schlagzeile“, sagt ein SPD-Vertreter. In Niedersachsen führt die CDU das dortige Justizministerium.

Die Ermittlungen im Verfahren der Staatsanwaltschaft Osnabrück richten sich derzeit gegen unbekannte Personen aus der Anti-Geldwäsche-Behörde, es gibt also noch keine konkret Beschuldigten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit 2020 im Umfeld der FIU. Konkret ging es zunächst um den Umgang mit einer Geldwäsche-Verdachtsanzeige einer Bank wegen dubioser Zahlungen von über einer Million Euro nach Afrika.

Die Bank vermutete, dass Hintergrund der Zahlungen Waffen- und Drogenhandel sowie Terrorismusfinanzierung sei. Das Problem: Die FIU nahm diese Meldung zur Kenntnis, leitete sie aber nicht an deutsche Strafverfolgungsbehörden weiter, sodass keine Möglichkeit mehr bestand, die Zahlungen aufzuhalten.

Nach Informationen des Handelsblatts wurden auch Meldungen anderer Banken nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht ordnungsgemäß bearbeitet. Die Anzeigen sollen von N26, der Commerzbank sowie der Sparkasse Osnabrück stammen.

Die Behörde geht im Rahmen ihrer Ermittlungen auch der Frage nach, weshalb seit Übernahme der Geldwäschekontrolle durch die FIU die Zahl der Verdachtsmeldungen auf einen Bruchteil zurückgegangen ist. An der Durchsuchung waren Beamte der Zentralen Kriminalinspektion Osnabrück

und der Staatsanwaltschaft beteiligt. Die Auswertung der beschlagnahmten Unterlagen werde einige Wochen in Anspruch nehmen. Von der FIU liegt bisher auf Anfrage noch keine Stellungnahme vor.

Nach der Razzia in Finanz- und Justizministerium hat die Staatsanwaltschaft Osnabrück ihr Vorgehen verteidigt. Man habe »zum frühestmöglichen Zeitpunkt« durchsucht und damit die Vorschriften befolgt, sagte ein Sprecher der Ermittlungsbehörde. Der Durchsuchungsbeschluss für das Justizministerium sei erst am 25. August erlassen worden. Der Beschluss für das Finanzressort datiert vom 10. August. Durchsuchungsbeschlüsse sind generell für sechs Monate haltbar. Es ist nicht unüblich, sie erst Wochen später zu vollstrecken.

Die Aktion am Donnerstag in Berlin hatte ein gewaltiges Echo ausgelöst, weil es um die Behörde von SPD-Kanzlerkandidat und Finanzminister Olaf Scholz geht. In zweieinhalb Wochen ist Bundestagswahl, Scholz liegt in Umfragen deutlich vorn. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft betonte, politische Gründe hätten bei den Durchsuchungen »keine Rolle« gespielt.

Scholz hatte den Ermittlern überzogenes Handeln vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft hätte ein paar Fragen an sein Ministerium gehabt. »Die hätte man schriftlich stellen können«, sagte Scholz der ARD.

Auch der Kölner Strafrechtler Nikolaos Gazeas sagte: »Die Durchsuchung muss als klares Zeichen des Misstrauens gegenüber den jeweiligen Verantwortlichen in den beiden Ministerien gewertet werden.« Bei einer Behörde greife man zu solch einem Mittel nur dann, »wenn die gewünschten Unterlagen und Auskünfte zuvor nicht freiwillig oder nicht vollständig herausgegeben wurden«. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Osnabrück sagte: »Wir müssen mit Durchsuchungen und Beschlagnahmungen arbeiten, nicht mit Anrufen und Schreiben.«

Nach Informationen hatte die zuständige Staatsanwältin vor der Durchsuchung das Bundesjustizministerium angerufen und sich nach den gesuchten Unterlagen erkundigt. Dort zeigte man sich wohl kooperativ und bat darum, die Anfrage schriftlich zu stellen. Die Ermittler entschlossen sich dennoch, das Ministerium zu durchsuchen. »So groß ist unser Vertrauen nicht«, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, »dass wir glauben, sie würden uns alles freiwillig herausgeben.« Eigentlich habe man die Bundesministerien bereits am Dienstag durchsuchen wollen. Das sei wegen des Bahnstreiks aber nicht möglich gewesen.

Warum durchsucht die Staatsanwaltschaft Osnabrück das Bundesfinanz- und Bundesjustizministerium?

Hintergrund ist ein Strafverfahren gegen Beamte der FIU– das ist eine bundesweit zuständige Geldwäsche-Spezialeinheit. Die Ermittlungen haben schon im Februar 2020 begonnen, im Raum steht bei nicht näher genannten Verantwortlichen der FIU der Verdacht der Strafvereitelung im Amt – sprich: Die Staatsanwaltschaft vermutet, dass die Spezialeinheit geschlampt hat und so wichtige Geldwäsche-Ermittlungen verhinderte.

Konkret geht es um einen Fall aus dem Juni 2018. Damals soll eine Bank eine verdächtige Zahlung über mehr als eine Million Euro nach Afrika an die FIU gemeldet haben. Das Geldinstitut hielt dabei einen Bezug zu Waffen- und Drogenhandel sowie Terrorismusfinanzierung für möglich. Die FIU nahm die Meldung der Bank zwar zur Kenntnis, leitete sie aber nicht an die zuständigen Ermittlungsbehörden weiter, sodass die Zahlung nicht gestoppt wurde und der Verdachtsfall zunächst auch nicht verfolgt werden konnte. Erhärtet sich der Verdacht, wäre das womöglich eine Strafvereitelung im Amt. Mit den Durchsuchungen will die Staatsanwaltschaft nach eigenen Angaben "den Straftatverdacht und insbesondere individuelle Verantwortlichkeiten" weiter aufklären. Es solle unter anderem untersucht werden, "ob und gegebenenfalls inwieweit die Leitung sowie Verantwortliche der Ministerien sowie

vorgesetzte Dienststellen in Entscheidungen der FIU eingebunden waren". Der Staatsanwaltschaft geht es also nur um Informationen.

Zugleich betonten aber beide Bundesministerien, die Ermittlungen richteten sich nicht gegen Mitarbeitende des Ministeriums. Zudem würden beide Ministerien vollumfänglich mit der ermittelnden Staatsanwaltschaft kooperieren. Man habe alle gewünschten Unterlagen den Ermittlerinnen und Ermittlern übergeben.

Was ist die FIU und was hat sie mit den beiden Ministerien zu tun?

Die FIU wurde 2001 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Köln. Sie ist die Zentralstelle zur Geldwäsche-Bekämpfung – eine Spezialeinheit, bei der alle Verdachtsfälle von möglicher Geldwäsche gemeldet, gesichtet und dann an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden. Die FIU ermittelt also nicht selbst – sie überprüft Meldungen von Banken, Kreditinstituten, Notaren und Steuerberaterinnen zu verdächtigen Zahlungsströmen. Denn jene sind dazu verpflichtet, Auffälligkeiten zu melden. Das steht im Geldwäsche-Gesetz, das es schon seit 1993 in Deutschland gibt und das zuletzt 2017 mit der Umsetzung einer EU-Richtlinie reformiert wurde. Im Zuge dieser Reform wurde unter anderem auch das Meldeverfahren der FIU geändert: Denn bis zu diesem Zeitpunkt leitete die Spezialeinheit dringende Verdachtsfälle sowohl an das Bundeskriminalamt als auch an das zuständige Landeskriminalamt. Diese Doppelmeldungen legten aber die Strafverfolgungsbehörden häufig gegenseitig lahm.

Mit der Reform wurde dies abgeschafft und die FIU auch dem Zoll unterstellt. Zuvor unterstand die Meldestelle dem BKA. Der zuständige Bundesfinanzminister war damals Wolfgang Schäuble (CDU). Schon zu seiner Zeit als Bundesfinanzminister gab es immer wieder Kritik an und Hinweise auf strukturelle Missstände bei der FIU. So hatte etwa die Gewerkschaft der Polizei (GdP) seit 2016 mehrfach darauf hingewiesen, dass die Struktur, Ausrüstung und Ausstattung sowie die rechtlichen Befugnisse der Einheit gar nicht ausreichend seien, um die Aufgaben zu erfüllen. Unter Bundesfinanzminister Schäuble tat sich allerdings wenig. Als die SPD mit Olaf Scholz 2018 das Bundesfinanzministerium übernahm, bekam die FIU zusätzliches Personal, erweiterte Kompetenzen und technische Verbesserungen. Außerdem wurde auch der Leiter der Zentralstelle im Jahr 2018 ausgetauscht. Von anfänglich 165 Beschäftigten sei die Zahl auf 469 gestiegen. Laut dem Bundesfinanzministerium ist ein weiterer Ausbau auf bis zu 700 Mitarbeitende geplant.

Die rechtlichen Änderungen brachten es auch mit sich, dass immer mehr Verdachtsfälle gemeldet werden. So wurde etwa die Zahl der Firmen und Dienstleister, die Meldungen abgeben müssen, über die Jahre deutlich erhöht. Inzwischen sind beispielsweise auch Autohändler und Juweliere dazu verpflichtet, Verdachtsmomente zu melden. An die Stelle der Verdachtsanzeige trat außerdem eine automatisierte gesetzliche Verpflichtung zu Meldungen. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Verdachtsmeldungen dem jüngsten FIU-Bericht zufolge auf 144.000, im Jahr davor waren es noch 114.900 gewesen. Zugleich sank aber die Zahl der Fälle, die an die Länder weitergegeben wurden auf 24.7000 Meldungen, 2019 waren es noch 33.800. Ein Grund ist auch, dass die Meldestelle beim Anstieg der Fälle einfach nicht hinterherkommt, auch wenn sie schon personell aufgestockt wurde.

Was ist an den Razzien ungewöhnlich?

Nicht nur der Zeitpunkt der Durchsuchungen zweieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl, auch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft Osnabrück erscheint ungewöhnlich. Tatsächlich ist es unüblich, dass eine Ermittlungsbehörde gleich zwei Bundesministerien durchsucht, um Informationen zu erhalten. Denn die Staatsanwaltschaft in Osnabrück hätte auch auf dem normalen Dienstweg ein behördliches Auskunftersuchen stellen können, das dann über die Generalstaatsanwaltschaft an die Bundesministerien gegangen wäre.

Stattdessen ließ sich die Ermittlungsbehörde vom örtlichen Amtsgericht einen Durchsuchungsbeschluss geben – üblicherweise wird ein solcher aber nur erteilt, wenn mehrere Bedingungen erfüllt sind: So muss das Vorgehen verhältnismäßig sein und es darf keine andere geeignetere Maßnahme geben, um an die Informationen zu kommen. Daher ist es ungewöhnlich, dass ein Auskunftersuchen gar nicht erst gestellt wurde. Zudem muss häufig eine Verdunklungsgefahr bestehen. Anderenfalls würden die Betroffenen – in diesem Fall die beiden Bundesministerien – vor der Durchsuchung angehört. Ist also die Staatsanwaltschaft Osnabrück davon ausgegangen, dass in den Ministerien Dokumente vernichtet werden würden? Laut den Bundesministerien bestand dazu zu keinem Zeitpunkt ein Anlass – erklärten doch beide, man arbeite voll und ganz mit der Staatsanwaltschaft zusammen und habe alle gewünschten Dokumente zur Verfügung gestellt. Und noch etwas ist ungewöhnlich: Laut Insidern wurde der Durchsuchungsbeschluss für das Bundesfinanzministerium schon am 10. August ausgestellt – die Durchsuchung fand aber erst einen Monat später statt.

Die Staatsanwälte aus Osnabrück handeln mit Niedersachsens Justizministerin Barbara Havliza (CDU) im Rücken. Sie hat zuletzt im August Versäumnisse des Bundes im Kampf gegen Schwarzgeld bemängelt.

Wie reagiert Olaf Scholz und die SPD und wie die anderen Parteien?

Olaf Scholz und Christine Lambrecht waren laut Insidern bei den Durchsuchungen nicht vor Ort. Scholz zeigte sich am Donnerstag allerdings verstimmt – immerhin liegen er und seine Partei in den Umfragen weit vor der CDU und den Grünen. Für ihn dürfte die Razzia zu einer schlechten Zeit kommen und könnte seinen Vorsprung gefährden. Die FDP hat die Ermittlungen direkt in Kritik an den SPD-Kanzlerkandidaten umgemünzt. So sagte Florian Toncar, finanzpolitischer Sprecher der FDP: "Die FIU ist nach Jahren unter Olaf Scholz in einem schlechten Zustand, denn er hat sie wie ein Stiefkind behandelt." Aus der Opposition in Berlin wurde Scholz aufgefordert, die Vorwürfe aufzuklären.

Die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, Lisa Paus, äußerte Kritik an Scholz. "Das Chaos bei der FIU besteht, seitdem das Finanzministerium die Zuständigkeit übernommen hat. Immer wieder haben wir im Bundestag auf die Probleme hingewiesen." Die Integrität der Geldwäsche-Bekämpfung in Deutschland stehe infrage und damit ein wichtiger Teil der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus. "Wir brauchen nun umfassende Aufklärung dieser Vorgänge ohne Rücksicht auf Ämter und Positionen. Hierfür trägt Olaf Scholz die Hauptverantwortung", sagte Paus. Der Linken-Finanzpolitiker Fabio De Masi forderte: "Wir brauchen eine Finanzpolizei mit kriminalistischer Expertise."

Scholz selbst äußerte sich am Donnerstagnachmittag zu den Durchsuchungen in seinem Haus und verwies darauf, dass die Staatsanwaltschaft die Fragen an das Finanz- und das Justizministerium auch "hätte schriftlich stellen können". Scholz verwies auch darauf, dass das Personal der Anti-Geldwäsche-Einheit FIU bereits deutlich aufgestockt worden sei und weiter ausgeweitet werde. Aus SPD-Kreisen hieß es, man mache sich keine Sorgen, dass die Durchsuchungen einen negativen Einfluss auf die guten

Umfragewerte der Partei oder für Olaf Scholz haben könnten. Zudem seien die Probleme bei der FIU bereits aufgetreten, als die CDU noch zuständig war.